



100 Tage Große Koalition

Erfolgreiche Regierung Merkel

1. Koalition des Handelns

Sachlich, konzentriert und in einem kollegialen Klima hat sich das Kabinett unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel in den ersten 100 Tagen seiner Amtszeit daran gemacht, Deutschland wieder nach vorne zu bringen. Bei den Bürgerinnen und Bürgern kommt dieser Stil gut an. Die Menschen setzen großes Vertrauen in die Regierungskoalition und insbesondere in die Bundeskanzlerin.

Seit dem Jahreswechsel deutet sich ein Stimmungsumschwung in Deutschland an: Die Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung werden deutlich besser. Die Zuversicht bei Unternehmen und Verbrauchern steigt. Gleichzeitig gewinnen die Menschen durch den erfolgreichen Start der neuen unionsgeführten Bundesregierung wieder mehr Zutrauen in die Politik. Jetzt kommt es darauf an, dieses Zukunftstrauen durch entschlossenes, stetiges und verlässliches Handeln weiter zu stärken. Dies will die Regierungskoalition durch Impulse für Wachstum, Beschäftigung und Innovation, verbesserte gesetzliche Rahmenbedingungen, die Konsolidierung des Bundeshaushaltes und Strukturreformen tun. Es gilt der **Dreiklang aus Investieren, Sanieren und Reformieren**.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will die Arbeit der Bundeskanzlerin und der Regierung insgesamt unterstützen. Wir wollen dabei zugleich das Profil der Union wahren und innerhalb der Koalition die treibende Kraft der Erneuerung sein. Als Bundestagsabgeordnete von CDU und CSU ist es unser Ziel, die notwendigen Reformen im Parlament handwerklich sauber zu gestalten und sie so zu vermitteln, dass Vertrauen und Zustimmung der Menschen erhalten bleiben.

In den erst drei Monaten ihrer parlamentarischen Arbeit hat die Koalition bereits eine ganze Reihe



Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender Volker Kauder

von Gesetzen verabschiedet, die unserem Anspruch gerecht werden, mit den richtigen Weichenstellungen auf die bestehenden Probleme zu reagieren:

Mit dem **„Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung“** wurde ein wesentlicher Teil der Genshagener Beschlüsse konkret umgesetzt:

- Um die Förderung der Kinderbetreuung, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und das Ziel, mehr Beschäftigung im Bereich privater Haushalte zu schaffen, in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen, wurde die Möglichkeit zur steuerlichen Absetzbarkeit von Betreuungskosten erheblich verbessert.
- Zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen wird die Umsatzgrenze bei der Umsatzbesteuerung nach vereinnahmten Entgelten (Ist-Versteuerung) in den alten Bundesländern von 125.000 Euro auf 250.000 Euro angehoben. Zugleich wird die entsprechende

Regelung zur Ist-Versteuerung für die neuen Bundesländer bis Ende 2009 verlängert. Die Anhebung der Umsatzgrenze für kleinere und mittlere Unternehmen ist geeignet, zusätzliche Investitionen zu erleichtern und damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu fördern.

- Der Anwendungsbereich des § 35a Abs. 2 EStG, der eine Ermäßigung der tariflichen Einkommensteuer bei Aufwendungen für die Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen vorsieht, wird auf Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen sowie auf Betreuungsdienstleistungen für pflegebedürftige Personen ausgeweitet.
- Die Abschreibungsbedingungen für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens werden durch eine bis zum 31. Dezember 2007 befristete Anhebung der degressiven Abschreibung auf höchstens 30% verbessert.

Der Haushaltsentwurf für 2006 sieht eine **Steigerung der Investitionen in Forschung und Entwicklung** um 696 Mio. Euro gegenüber 2005 vor.

Mit dem **Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch** wurde die Regelleistung für Arbeitsuchende in den neuen Bundesländern an die Höhe der Leistung in den alten Bundesländern angeglichen. Damit wird die Grundsicherung für Arbeitsuchende in Ostdeutschland verbessert und zugleich ein Beitrag zur Vollendung der inneren Einheit Deutschlands geleistet.

Mit den im Februar beschlossenen **Änderungen bei Hartz IV** wurden kostenträchtige Mitnahmeeffekte und Missbrauch eingedämmt. So wurde etwa das Arbeitslosengeld-II für unter 25jährige um 20% gekürzt und die Möglichkeit erschwert, Bedarfsgemeinschaften nur zu dem Zweck zu gründen, um höhere Arbeitslosengeld-II-Ansprüche geltend zu machen.

Ein sehr wichtiges und positives Signal geht von der Einigung auf eine **große Föderalismusreform** aus. Mitte Februar ist hier nach harten Verhandlungen der entscheidende Durchbruch erzielt worden. Damit wird die größte Verfassungsänderung seit Bestehen unseres Grundgesetzes auf den Weg gebracht. Das Verhältnis von Bund und Ländern wird grundlegend ent-

flochten und effizienter gestaltet. Viele Gesetzgebungsverfahren werden so erheblich vereinfacht. Mit der Einigung auf die Föderalismusreform hat die große Koalition ihre Handlungsfähigkeit auch bei lange streitigen Fragen unter Beweis gestellt. Das Gesetzgebungsverfahren wird nun zügig durchgeführt.

2. Arbeitsmarkt reformieren – Lohnzusatzkosten senken – Arbeit schaffen

Die größte Herausforderung für die Politik ist und bleibt die Senkung der zwar leicht rückläufigen, aber immer noch zu hohen Arbeitslosigkeit. Deshalb werden im Laufe dieses Jahres weitere wichtige Arbeitsmarktreformen auf den Weg gebracht, bei denen die CDU/CSU-Bundestagsfraktion darauf achten wird, dass der Arbeitsmarkt modernisiert und vor allem entbürokratisiert wird:

- Bis zum Herbst 2006 werden Vorschläge für mehr Beschäftigung für gering qualifizierte Menschen erarbeitet. Die Union wird sich dafür einsetzen, die Chancen im Niedriglohnssektor zu erhöhen, damit dort neue Jobs entstehen. Wir prüfen deshalb die Einführung eines Kombilohn-Modells.
- Eine ganze Reihe der Hartz-Instrumente hat sich als untauglich zur nachhaltigen Schaffung von Arbeitsplätzen erwiesen. Wir werden deshalb die Hartz-Gesetze novellieren und auf die Maßnahmen beschränken, in denen tatsächlich Jobs entstehen.
- Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich dafür einsetzen, den Kündigungsschutz wie im Koalitionsvertrag vereinbart so weiterzuentwickeln, dass zum einen mehr Beschäfti-



Volker Kauder erläutert in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Reformprojekte

gung ermöglicht wird und zum anderen die Schutzfunktion für bestehende Arbeitsverhältnisse gesichert bleibt. Dabei werden wir uns im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens insbesondere dafür einsetzen, dass die Interessen kleiner und mittlerer Unternehmen Berücksichtigung finden.

Um Arbeitsplätze zu schaffen, müssen neben der Liberalisierung des Arbeitsmarktes die Lohnzusatzkosten (Sozialversicherungsbeiträge) dauerhaft unter 40% gesenkt werden. Dazu wird der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung zum 1.1.2007 von 6,5% auf 4,5% reduziert. Der Rentenbeitrag wird durch den von der Koalition beschlossenen Einstieg in die Erhöhung des Renteneintrittsalters langfristig stabilisiert.

3. Für ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass die große Koalition entscheidende Weichenstellungen für die Zukunft unseres Landes vornimmt. Eine der wichtigsten Aufgaben, der sich CDU, CSU und SPD stellen müssen, wird die Reform unseres Gesundheitssystems sein. Mit einigen wenigen Gesetzesänderungen, die die Beitragssätze für einen kurzen Zeitraum stabil halten und das System noch komplizierter gestalten, ist es nicht länger getan. Die Unionsfraktion ist bereit zu einer grundlegenden Reform des Systems. Eine solche Reform muss sowohl die Einnahmeseite wie auch die Leistungs- und Ausgabenseite einbeziehen.

Auf der Einnahmeseite müssen wir die Finanzierung auf eine zukunftsfähige Grundlage stellen ohne den Faktor Arbeit auf übermäßige und damit beschäftigungsfeindliche Weise zu belasten. Auf der Ausgabenseite müssen wir zum einen berücksichtigen, dass die Gesundheitswirtschaft eine der größten Wachstumsbranchen unseres Landes darstellt und zum anderen prüfen, wo die Einführung von Wettbewerbselementen die Effizienz des Systems noch verbessern kann. Die Unionsfraktion ist hier zu einer konstruktiven und lösungsorientierten Zusammenarbeit mit unserem Koalitionspartner bereit. Wir wollen mehr als eine halbherzige Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner. Anfang April werden wir werden wir gemeinsam an die Arbeit gehen und bis Ende des Jahres einen umfassenden Reformvorschlag erarbeiten.

4. Gesunde Staatsfinanzen: Grundlage einer reformorientierten Politik

Eine zentrale Herausforderung der großen Koalition stellt die Situation unserer Staatsfinanzen dar. Das strukturelle Defizit der öffentlichen Haushalte engt die Möglichkeiten politischer Gestaltung ein und droht, die Freiräume kommender Generationen erheblich zu beschränken. Unser Ziel ist, finanzielle Handlungsspielräume zur Bewältigung von zentralen Zukunftsaufgaben zu gewinnen. Um diese Spielräume für strukturelle Reformen zu schaffen, hat die Koalition in den letzten 100 Tagen bereits einiges auf den Weg gebracht:



Pressekonferenz der Fraktionsspitzen: Volker Kauder (CDU), Peter Struck (SPD) und Dr. Peter Ramsauer (CSU)

Bereits im Dezember wurde eine ganze Reihe von finanzpolitischen **Sofortmaßnahmen zur Konsolidierung der Staatfinanzen** verabschiedet. Mit einem Einsparvolumen von insgesamt rund 25 Mrd. Euro bis 2010 trägt das Paket maßgeblich dazu bei, die Verschuldung der öffentlichen Haushalte nachhaltig zu begrenzen. Unter anderem sind zum 1. Januar 2006 folgende Maßnahmen in Kraft getreten:

- Mit dem **Gesetz zur Beschränkung der Verlustverrechnung** soll die Attraktivität so genannter Steuerstundungsmodelle durch eine Verlustverrechnungsbeschränkung wirkungsvoll eingeschränkt werden. Bund, Länder und Gemeinden erhalten dadurch bis zum Jahr 2010 Steuerermehreinnahmen in Höhe von insgesamt 8,6 Mrd. Euro.
- Das **Gesetz zur Abschaffung der Eigenheimzulage** beendet ab dem 1. Januar 2006 für Neufälle die Förderung nach dem Eigenheimzulagegesetz. Die öffentliche Hand kann dadurch bis zum Jahr 2010 mit Einsparungen in Höhe von insgesamt 10,7 Mrd. Euro rechnen. Die Förderung der Vermögensbildung durch Wohneigentum bleibt gleichwohl ein wichtiges Anliegen insbesondere mit Blick auf die private Altersvorsorge. Daher soll in einem weiteren Gesetzgebungsverfahren das selbst genutzte Wohneigentum ab dem 1. Januar 2007 besser in die geförderte Altersvorsorge integriert werden.
- Einen weiteren Beitrag zur Stabilisierung der Staatsfinanzen wird das **Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm** leisten. Es enthält Regelungen, die vor allem der Verbreiterung der Steuerbasis dienen und gleichzeitig zur Rechtsvereinfachung beitragen. Die öffentlichen Haushalte erhalten dadurch bis zum Jahr 2010 Steuerermehreinnahmen in Höhe von 4,4 Mrd. Euro.

Mit dem Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen werden derzeit legale, aber nicht mehr erwünschte Umgehungs- und Gestaltungsmöglichkeiten im Steuerrecht eingeschränkt. Auch damit leisten wir einen Beitrag zur Stabilisierung der öffentlichen Finanzen.

Unter Bundeskanzlerin Angela Merkel ist Deutschland wieder bereit, eine Führungsrolle in Europa zu übernehmen. Wer führen will, muss aber auch Vorbild sein. Daher unterstützt die Unionsfraktion die Bundesregierung in ihrem Ziel, durch umfangreiche Sparmaßnahmen erstmals

wieder im Jahr 2007 die **Maastricht-Defizit-Grenze** einzuhalten. Sollte es 2006 noch nicht gelingen, die 3%-Marke zu unterschreiten, ist die Bundesregierung bereit, das verschärfte Defizitverfahren der Europäischen Kommission in Kauf zu nehmen. Wer internationale Verantwortung übernehmen will, kann sich aus internationalen Verpflichtungen nicht heraus verhandeln. Andernfalls riskieren wir eine weitere Schwächung des Europäischen Stabilitätspaktes, für den wir uns als Union immer stark gemacht haben.

5. Deutschland: verlässlicher Partner in der Welt

Außenpolitik ist keine Schönwetterpolitik, sondern dient dem Ziel, die politischen Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten unseres Landes zu erhalten und die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes wirksam vor Gefahren und Risiken zu schützen. Diese sind nicht zu unterschätzen: Zu der kritischen Lage im Nahen Osten, insbesondere im Iran, treten Herausforderungen durch Internationalen Terrorismus, grenzüberschreitende Organisierte Kriminalität und weltweite Wanderungsströme. Zudem ist es ein Anliegen nationaler Sicherheit, die Energieversorgung unseres Landes auch langfristig zu sichern. Damit wird deutlich: eine klare Trennung von Außen- und Innenpolitik ist nicht länger möglich.

Die Unionsfraktion setzt sich dafür ein, dass die Instrumente der Außen- und Innenpolitik auf intelligente Weise miteinander verzahnt werden. Dabei ist auch klar: Ohne verlässliche Partner und Freunde wird Deutschland die internationalen Herausforderungen nicht meistern könnten. Deshalb sind vertrauensvolle und stabile Beziehungen zu unseren Partnern in Europa ebenso wichtig wie eine Festigung der Freundschaft zu den USA und Israel. Durch überzeugende internationale Auftritte und intensive Gespräche mit den Staatsoberhäuptern und Regierungschefs befreundeter Nationen hat Bundeskanzlerin Angela Merkel diese Partnerschaften wieder auf eine hervorragende Grundlage gestellt und den strategischen Interessen unseres Landes gedient. Die Unionsfraktion begrüßt es, dass die Bundeskanzlerin der Verschränkung von Innen- und Außenpolitik Rechnung trägt und Deutschlands Rolle in der Welt durch ihre verantwortungsbewusste und von unseren Partnern geschätzte Prinzipientreue stärkt.